

PRESSEMITTEILUNG

22.06.2016

ERHEBLICHE KAPAZITÄTSENGPÄSSE IN DER GEBURTSHILFE – STADT MUSS POSITION BEZIEHEN

In einer aktuellen Stunde zum Thema „Auswirkungen auf die Situation werdender Eltern durch Kapazitätsengpässe und Abmeldung von Geburtshilfestationen in der Region Hannover“, in der Regionsversammlung am 21. Juni 2016 stellte sich eine erschreckende Situation zu den Geburtshilfestationen der Krankenhäuser in der Landeshauptstadt Hannover dar.

„Seit Jahren verzeichnet die Landeshauptstadt Hannover steigende Einwohnerzahlen, auch die Geburtenrate stieg die letzten Jahre über stetig an. Dennoch wurde die Anzahl an Geburtshilfestationen und Kreißsälen in den hannoverschen Krankenhäusern durch die rot-grüne Politik mehr als stark eingeschränkt. Für mich ist überhaupt nicht zu verstehen, warum dies der Bundespolitik angelastet wird“, fragt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Ratsfraktion, **Jens Seidel**.

„Die Schließung der Geburtsklinik des Nordstadtkrankenhauses 2015 hat sich die Situation in den nordwestlichen Stadtteilen Hannovers für schwangere Frauen erheblich verschlechtert. Allein 1000 Frauen pro Jahr brachten dort ihre Kinder zur Welt“, äußert sich **Seidel** verärgert und ergänzt: „Ich möchte mir – als Vater zweier Töchter – nicht ausmalen, was passiert, sollte es zu weiteren Engpässen bzw. Ausfällen in anderen Geburtskliniken in der Landeshauptstadt kommen.“

„Derzeit halten die Krankenhäuser in der Landeshauptstadt Hannover nicht genügend Geburtshilfestationen und Kreißsäle vor, um den Bedarf jederzeit zu decken. Die CDU-Ratsfraktion fordert daher Oberbürgermeister Stefan Schostok auf, sich beim Regionspräsidenten Hauke Jagau für schnelle und effektive Lösungen einzusetzen. Der Oberbürgermeister muss die Notsituation von schwangeren Frauen erkennen und sich mit dem Regionspräsidenten ins Benehmen setzen, um die Situation zum Wohl werdender Eltern und derer Kinder in der Landeshauptstadt zu verbessern. An dieser Stelle muss der höchste Repräsentant der Landeshauptstadt Hannover klar Position beziehen und kann nicht auf das Wohlgefallen der Regionsverwaltung hoffen“, so **Seidel** abschließend.

